

1571 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Sozialausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 7. Juli 1976
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Opferfürsorgegesetz
geändert wird (24. Opferfürsorgegesetznovelle)

§ 1 Abs. 1 bis 4 Opferfürsorgegesetz regelt die Voraussetzungen
um zum Kreis der Anspruchsberechtigten nach dem Opferfürsorge-
gesetz zu gehören. Durch den gegenständlichen Gesetzesbeschluß
des Nationalrates soll nunmehr ausschließlich der Bundesminister
für soziale Verwaltung die Zuständigkeit zur Erteilung der
Nachsicht von diesen Voraussetzungen erhalten. Weiters sollen
Blinde im Sinne einer Gleichbehandlung der Opfer nach dem Opfer-
fürsorgegesetz mit den Kriegsopfern die Hilflosenzulage in
doppelter Höhe erhalten. Ferner sollen nicht wie bisher je ein
Mitglied (Stellvertreter) der Rentenkommission von den Landes-
leitungen der ÖVP, der SPÖ und der KPÖ sowie aus dem "Kreis der
Abstammungsverfolgten" vorgeschlagen werden, sondern von den
Landesleitungen der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten,
des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus,
des Bundesverbandes österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer
des Faschismus (KZ-Verband) sowie der Israelitischen Kultusgemeinde.

Der Sozialausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner
Sitzung vom 12. Juli 1976 in Verhandlung genommen und einstimmig
beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu
erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Sozialausschuß somit
den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 7. Juli 1976
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Opferfürsorgegesetz
geändert wird (24. Opferfürsorgegesetznovelle), wird kein Einspruch
erhoben.

Wien, 1976 07 12

Wanda B r u n n e r
Berichterstatte

L i e d l
Obmann